

Nikolaus Kowall

Was ist eigentlich Sozialdemokratie?

Die vieldiskutierten Thesen des deutschen Juso-Vorsitzenden Kevin Kühnert zur Vergesellschaftung von Konzernen wie BMW werfen viele Fragen auf. Was sind die Kernziele sozialdemokratischer Politik? Die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, wie die einen sagen, oder ein abgemilderter Neoliberalismus, den die anderen meinen? Die Diskussion ist genauso interessant wie irritierend. Sie illustriert, wie der sozialdemokratischen Bewegung einer Generation Neoliberalismus jegliche Orientierung abhandengekommen ist. Es entsteht auch der Eindruck, als würden elementare Grundsatzfragen erstmals aufgeworfen werden – die SPD scheint sich ihrer eigenen reichhaltigen Theoriegeschichte überhaupt nicht mehr gewahr zu sein. Hier ein Versuch einen kleinen Beitrag zur Ordnung in dieser Diskussion zu leisten.

Die deutsche Sozialdemokratie hat sich nach 1945 implizit, mit dem reformistischen Godesberger Programm von 1959 explizit, von der Idee der generellen Vergesellschaftung der Produktionsmittel verabschiedet. Privateigentum an wirtschaftlichem Kapital wird seit damals nicht mehr in Frage gestellt, Marktwirtschaft und Wettbewerb werden begrüßt – nicht als ideale Visionen, sondern weil sie funktional sind. Der Markt ist kein Selbstzweck, sondern ein Funktionsprinzip, das politisch wünschenswerte Ziele erfüllen kann. Der demokratische Sozialismus wird nicht als Zustand verstanden, den es zu erreichen gilt, sondern als Bewegung die sich für Grundwerte einsetzt. Der «demokratische Sozialismus» ist

also kein Paradies, sondern die sozialdemokratische Arbeiterbewegung selbst. Nicht, dass die Kritiker/innen Kühnerts sehr theoriefest erscheinen, aber sie dürften sich gefühlt auf diese weltanschaulichen Bausteine berufen.

Damit haben sie auch einen Punkt. Nach 1945 war die Verabschiedung von den teilweise religiös anmutenden sozialistischen Heilsversprechen der vorangegangenen hundert Jahre notwendig, um die soziale Marktwirtschaft zu errichten. Und die soziale Marktwirtschaft ist kein Paradies, aber sie war das Maximum dessen, was die Menschheit bisher an Zivilisation herausholen konnte. Dieser «Realismus mit Kompass» ist der Kern des Reformismus, den wir bei Eduard Bernstein in den 1890er-Jahren genauso finden wie in der Diskussion um Godesberg in den 1950er-Jahren.

Jetzt kommt das große ABER: Nur weil das Godesberger Programm eine klare Abkehr vom Marxismus innerhalb der SPD war, heißt das noch lange nicht, dass es den Marktliberalismus gutheißen würde. Auf Basis von Godesberg könnte man folgende vier Ableitungen zur aktuellen Diskussion treffen:

Punkt 1 Privateigentum ja, Vermögenskonzentration nein

Godesberg: «Mit ihrer durch Kartelle und Verbände noch gesteigerten Macht gewinnen die führenden Männer der Großwirtschaft einen Einfluß auf Staat und Politik, der mit demokratischen Grundsätzen nicht

vereinbar ist. Sie usurpieren Staatsgewalt. Wirtschaftliche Macht wird zu politischer Macht.»

Aktuell: Die Vermögenskonzentration in unserer Gesellschaft nimmt dramatisch zu, was sich in Form einer demokratiewidrigen Einflussnahme des Geld-Adels auf Politik, Medien und Kultur bemerkbar macht. Es bedarf wirksamer Maßnahmen dieser Kapitalkonzentration entgegenzuwirken. Aus einer reformistischen Perspektive würde man eine Erbschaftssteuer einer Enteignung vorziehen. Die Steuer kann, wenn eine gewisse Millionenhöhe erreicht ist, auch sehr hoch ausfallen. Damit wäre garantiert, dass Self-Made-Milliardäre a) weiter Anreiz haben ihre wirtschaftliche Tätigkeit voll zu entfalten, b) ihre Erben ein sorgloses Leben in Luxus führen können, sie aber c) ihre zu Lebzeiten gewonnene politische Macht nicht vererben können. Kapitalkonzentration über Generationen wäre damit unterbunden.

Punkt 2 Privateigentum durch öffentliche Beteiligung und Mitbestimmung einhegen

Godesberg: «Gemeineigentum ist eine legitime Form der öffentlichen Kontrolle, auf die kein moderner Staat verzichtet. Sie dient der Bewahrung der Freiheit vor der Übermacht großer Wirtschaftsgebilde. (...) Die Mitbestimmung (...) ist ein Anfang zu einer Neuordnung der Wirtschaft. Sie ist zu einer demokratischen Unternehmensverfassung für die Großwirtschaft weiter zu entwickeln. Die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Selbstverwaltungsorganen der Wirtschaft muß sichergestellt werden.»

Aktuell: Die Lobbys der großen traditionellen Wirtschaftszweige – z. B. KFZ, Pharma, Mineralöl, Waffen, Atom, Banken – üben einen völlig überproportionalen Ein-

fluss auf das politische Geschehen aus. Hinzu kommt die konzentrierte Netzwerkmacht digitaler Plattformen, die unmittelbar nicht nur Kapital, sondern auch die Spielregeln neuer, digitaler Öffentlichkeit und damit auch demokratischer Auseinandersetzungen kontrollieren. Die Shareholder-Value-Orientierung lässt die Interessen anderer Stakeholder – Beschäftigte, Region, Kunden, Lieferanten – in den Hintergrund rücken. Darum ist aktuell eine substantielle Intervention der öffentlichen Hand im Sinne des Gemeininteresses angezeigt. Regulatorische Eingriffe werden nicht immer ausreichen. Aus reformistischer Perspektive würde man nicht auf Enteignung setzen, sondern auf öffentliche Beteiligung und Mitbestimmung von Arbeitnehmer/innen. Im Falle von BMW könnte sich – analog zu VW in Niedersachsen – das Land Bayern in das Unternehmen einkaufen. Gleichzeitig könnten Konzerne ab einer gewissen Größe angehalten werden, einen Mindestanteil ihrer Aktien an eine Mitarbeiterstiftung abzutreten.

Es spricht auch nichts dagegen noch einen Schritt weiter zu gehen und in gewissen gesellschaftlichen Bereichen Experimente zu wagen, die ein evolutionäres Hinauswachsen aus Verwertungslogik und Wettbewerb ermöglichen. Dabei müssten im Sinne einer popperschen Falsifikation – eine Methode die eine geistige Nähe zu Godesberg aufweist – jedoch alle bislang gescheiterten Experimente berücksichtigt werden. Die revolutionären und diktatorischen Versuche zur Durchsetzung von «Utopie» scheiden aus reformistischer Perspektive ohnedies aus und ihr empirisches Scheitern ist auch evident. Wesentlich lohnender dürfte die Auseinandersetzung mit den (sehr raren) Produktionsmittelmodellen sein, die innerhalb demokratischer Marktwirtschaften

funktionieren, jedoch nicht entlang einer Eigentumslogik konzipiert sind.¹

Punkt 3 Hybrid aus privater und öffentlicher Wirtschaft

Godesberg: «Wo mit anderen Mitteln eine gesunde Ordnung der wirtschaftlichen Machtverhältnisse nicht gewährleistet werden kann, ist Gemeineigentum zweckmäßig und notwendig. (...) Die Unternehmen der freien Gemeinwirtschaft, die sich am Bedarf und nicht am privaten Erwerbsstreben orientieren, wirken preisregulierend und helfen dem Verbraucher.»

Aktuell: Im 20. Jh. wurde eine öffentliche Daseinsvorsorge in den Bereichen Gesundheit, Alter, Armut, Arbeitslosigkeit, Wohnen und Bildung aufgebaut, weil der Staat hier bessere Ergebnisse erzielt als der Markt. Die soziale Marktwirtschaft ist also per se eine Mischwirtschaft, die sensible Bereiche dem Staat überlässt. Doch die öffentliche Daseinsvorsorge wurde in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich ausgehöhlt und immer stärker dem Markt überlassen. Die Folge sind u. a. Zwei-Klassenmedizin, Altersarmut und Mietwucher. Aus einer refor-

1 Es gab schon in der Gründungsphase der Sozialdemokratie zahlreiche zivilgesellschaftliche Initiativen, um das Genossenschaftswesen zu forcieren. Vor allem Konsumgenossenschaften konnten sich teilweise bis heute halten. Produktionsgenossenschaften waren hingegen weniger erfolgreich, ihr Schicksal folgte oftmals dem von Franz Oppenheimer 1896 formulierten »Transformationsgesetz«. Entweder die Genossenschaften verwandelten sich in kapitalistische Unternehmen, oder sie verschwanden ganz vom Markt. Ob das Genossenschaftswesen im digitalen Zeitalter bei entsprechender staatlicher Regulierung neben privatem und öffentlichem Sektor in manchen Branchen reüssieren könnte, ist eine offene Frage. Es könnte sich für sozialdemokratische Wirtschaftspolitik durchaus lohnen, diese neu aufzuwerfen.

mistischen Perspektive soll der Staatssektor hier wieder expandieren: Die Rekommunalisierung von lokaler Infrastruktur und die Wiederaufnahme des öffentlichen Wohnbaus stehen dabei genauso auf der Tagesordnung wie der Ausbau der öffentlichen Rente (Pension) oder die Einführung einer umfassenden Bürgerversicherung im Gesundheitswesen.

Punkt 4 Marktwirtschaft ja, aber nur mit Primat der Politik

Godesberg: «Im demokratischen Staat muß sich jede Macht öffentlicher Kontrolle fügen. Das Interesse der Gesamtheit muß über dem Einzelinteresse stehen. (...) Es ist also nicht die Frage, ob in der Wirtschaft Disposition und Planung zweckmäßig sind, sondern wer diese Disposition trifft und zu wessen Gunsten sie wirkt. Dieser Verantwortung für den Wirtschaftsablauf kann sich der Staat nicht entziehen.»

Aktuell: Die Globalisierung der Wirtschaft lässt die Demokratien alt aussehen. Der nationale politische Entscheidungsrahmen passt nicht mehr zur globalisierten Wirtschaftsstruktur. Global agierende wirtschaftliche Akteure können Staaten gegeneinander ausspielen und einen Unterbietungswettbewerb entfachen. Der Handlungsspielraum demokratischer Politik wird immer geringer. Aus einer reformistischen Perspektive braucht es hier rigorose Regulierung. Es geht darum, dass die Politik Ziele vorgibt, die private Unternehmen im Rahmen der Marktwirtschaft erfüllen. So koppelt man die Effizienz und Innovationsfähigkeit von Markt und Unternehmertum mit gesellschaftspolitischen Visionen. Niemand untersagt der Demokratie fossile Brennstoffe bis 2030 zu verbieten, die Wochenarbeitszeit in den kommenden 40 Jahren jährlich

um eine halbe Stunde zu senken oder ökologische Steuern einzuheben um einen Hochgeschwindigkeitszug von Warschau über Berlin nach Paris zu bauen. All das ist ohne Vergesellschaftung der Marktwirtschaft möglich. Was wir dafür sehr wohl brauchen ist die Wiederherstellung des Primats der Politik über die Wirtschaft: Schiedsgerichte in Freihandelsabkommen streichen, Unterbindung von Steuervermeidung, Kapitalverkehrskontrollen, soziale und ökologische Mindeststandards im Welthandel, die Ergänzung des EU-Binnenmarkts um eine Sozialunion etc. Das Primat der Politik herzustellen sollte aus sozialdemokratischer Perspektive die wichtigste Aufgabe der EU sein, die auf Grund ihrer Größe ganz andere Handlungsräume öffnen kann als die einzelnen Mitgliedsstaaten.

Wir erleben aktuell eine Diskussion zwischen den Marktliberalen, die ein Rückzugsgefecht führen, und ihren marxistisch gefärbten Kritikern, mit mangelnder Sensibilität für die Abgründe des real existierenden Sozialismus im 20. Jh. und ohne klare Per-

spektive für die Operationalisierung ihrer im Kern richtigen Intentionen. Stimmen, die auf Basis des Godesberger Programms argumentieren, sind hingegen weder prominent, noch präsent. Auf Jahrzehnte von hochkarätigen Theoriediskussionen, die ganze Bibliotheken füllen, wird kaum zurückgegriffen. Darum werden Grundsatzfragen aufgeworfen, die für die sozialdemokratische Bewegung seit Jahrzehnten geklärt sind:

Marktwirtschaft und Privateigentum an Produktionsmittel machen Sinn – das unterscheidet Sozialdemokratie von allen Schattierungen des Antikapitalismus. Sie repräsentieren in der sozialen Marktwirtschaft aber nur den privaten Sektor, nicht die öffentliche Daseinsvorsorge, die – wie in Skandinavien – sehr breit interpretiert werden kann. Überdies müssen Marktwirtschaft und Privateigentum demokratisch vorgegebene Ziele erfüllen, durch Regulierung und Mitbestimmung eingehegt und überhaupt an der kurzen Leine geführt werden – das unterscheidet Sozialdemokratie vom Marktliberalismus. Das ist die Formel, seit 1959.